



STELLUNGNAHME DER BUNDESJUGENDVERTRETUNG zum Entwurf des Steuerreformgesetzes 2008

GZ: BMF-010000/0001-VI/A/2009

Die Bundesjugendvertretung nimmt zum vorliegenden Entwurf wie folgt Stellung:

Die BJV ist davon überzeugt, dass Bestrebungen zum Erreichen von Steuergerechtigkeit und eine damit verbundene Reform die Basis für eine Gesellschaft legen müssen, die auch für zukünftige Generationen ausreichende Entwicklungschancen bereitstellt.

Wir halten fest, dass die Verteilung des Steueraufkommens von den politisch Verantwortlichen mittels Gesetzen festgelegt wird. Wie weit dabei soziale Gerechtigkeit eine Rolle spielt, ist daran zu messen, in wiefern die steuergesetzlichen Grundlagen berücksichtigen, dass alle Personen bzw. Gruppen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates leisten.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die vorgeschlagene „Steuerreform 2009“ zu einem sozial gerechteren Steuersystem nicht beiträgt. Insbesondere auf die steuerrechtliche Situation der BezieherInnen von Niedrigeinkommen („working poor“) - häufig sind dies junge Menschen - wird nicht ausreichend Rücksicht genommen. Aus unserer Sicht, wäre bei einer Reform die aktuelle Verteilung der einkommenssteuerlichen Belastung zu beachten sowie die Tatsache zu berücksichtigen, dass die BezieherInnen von Niedrigeinkommen von indirekten Steuern (bspw. MWSt.) wesentlich stärker betroffen sind als besser Verdienende, da diese Steuern für all gleich hoch sind. Unseres Erachtens ist der vorliegende Entwurf in diesen grundlegenden Punkten zu schwach ausgefallen.

Die „Steuerreform 2009“ wird ihrem Namen aus unserer Sicht auch deshalb nicht gerecht, da wesentliche Aspekte einer Novellierung des österreichischen Steuersystems ausgespart bleiben, wie beispielsweise der steuerpolitische Beitrag zur nachhaltigen Armutsbekämpfung.



Wir schlagen daher folgende zusätzliche Maßnahmen bei der Umsetzung der „Steuerreform 2009“ vor:

- Eine weit reichende Reform der Lohnsteuertarife (insbesondere die Senkung des Einstiegsteuersatzes auf 25 %)

In Österreich werden geringe Einkommen viel zu hoch besteuert – bereits ab einem Monatseinkommen von EUR 1.109,-- brutto tritt die erste Steuerstufe in Kraft. Dies führt zu massiver Armutsgefährdung und ist sozial nicht gerecht.

- Einführung einer Vermögensbesteuerung für Privatvermögen mit hohen Freibeträgen und progressiven Verlauf

Vermögensbezogene Steuern betragen in Österreich nur rund 1% der gesamten Abgabeneinnahmen; das ist weit unter dem EU-Schnitt und auch deshalb nicht verständlich. Die Besteuerung von Vermögen wäre sozial gerecht und würde für zukünftige Generationen entsprechend wirken. Hohe Freibeträge würden die Klein- und MitellverdienerInnen entlasten.

- Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit hohen Freibeträgen

Das ErbStG war eines der wenigen Gesetze, welche vermögensbezogene Steuern geregelt hat. Durch die Abschaffung verzichtet der Staat auf rund 130-140 Mio EUR/Jahr. Die Einführung einer Schenkungs- und Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen für Klein- und DurchschnittsverdienerInnen würde bewirken, dass geschenktes und vererbtes Vermögen sozial gerecht besteuert wird. Dies wäre sozial gerecht und würde für zukünftige Generationen entsprechend wirken.

- Automatische Inflationsanpassung der Familienbeihilfe – Direkter Anspruch der Kinder und Jugendlichen auf die Beihilfe

Die Familienbeihilfe ist ein wichtiger Faktor für die Entlastung der Aufwendungen von Kindern und Jugendlichen. Die Beihilfe muss daher entsprechend der Inflation angepasst werden. Kinder und Jugendliche sind eigenständige Persönlichkeiten - der Anspruch der



Familienbeihilfe soll daher beim entsprechenden Elternteil, sondern beim Kind bzw. Jugendlichen angelagert sein.

Nicht nachvollziehbar sind außerdem die Gründe für die restriktive Regelung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden. Gerade die Bereiche Berufsausbildung und Beschäftigungsinitiativen, die derzeit von der Absetzbarkeit nicht erfasst sind, sind in Zeiten wie diesen, in denen die hohe Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor ein ungelöstes Problem ist, für junge Menschen essentiell. Die BJV fordert, die Einbeziehung der Bereiche Berufsausbildung und Beschäftigungsinitiativen.

Wien, 28. Jänner 2009

Mag.a Edda Strutzenberger eh
gf Vorsitzende

Mag. Benedikt Walzel eh
Geschäftsführer